

Mitteilung

Vorl.-Nr. 4815/2022

Gemeinde Morsbach
Der Bürgermeister
Fachbereich I/10

Datum: 15.09.2022

Resteliste der Fraktionsanträge und nicht ausgeführte Ratsbeschlüsse

<i>Gremium</i>	<i>Sitzung am</i>	<i>Status</i>	<i>Beschlussqualität</i>
Rat	27.09.2022	öffentlich	Kenntnisnahme

Begründung:

Nr.	Datum	Fraktion	Antragsgegenstand
3428/2018	10.11.2018	SPD	Breitbandausbau auf dem Gebiet der Gemeinde Morsbach
3496/2018	18.11.2018	BFM	Erarbeitung von Präventionskonzepten gegen sexuellen Missbrauch
3416/2018	10.11.2018	SPD	Kulturkonzept der Gemeinde Morsbach
3828/2019	03.11.2019	BFM/UBV	Fairtrade-Kommune
3851/2019	12.11.2019	BFM/UBV	Entwicklung zur Wohnbebauung
4259/2021	13.02.2021	BFM-UBV	Weitere Dorferneuerungen/ Aufwertung der Außenorte
4434/2021	17.08.2021	CDU	Schwimmunterricht
4526/2021	22.08.2021	Bündnis 90 / Die Grünen	Schaffung und Entwicklung von Potentialflächen für Bürgerenergieparks in der Gemeinde Morsbach
4559/2022	03.01.2022 05.01.2022	CDU BFM-UBV	Waldwirtschaftswege
4567/2022	02.01.2022 09.01.2022	BFM-UBV SPD	Jugendherberge
4620/2022	07.03.2022	CDU	Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine im Gemeindegebiet

3428/2018 Breitbandausbau auf dem Gebiet der Gemeinde Morsbach

11.12.2018: Der Rat der Gemeinde Morsbach beschließt einstimmig, die Ausschreibung im Sinne des Bundesförderprogrammes durchzuführen und das Ergebnis in einer der kommenden Sitzungen des Bau- und Umweltausschusses vorzustellen. Der Rat der Gemeinde Morsbach beschließt einstimmig, die Haushaltsansätze in der Produktgruppe 1.57.01 zu belassen und mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Rat 26.02.2019:

Der Rat beschließt einstimmig, den Sperrvermerk in der Produktgruppe 1.57.01 aufzuheben und beauftragt die Verwaltung die Ausschreibung fristgerecht zu veröffentlichen.

11.09.2019:

Zur Verbesserung der Breitbandversorgung auf dem Gebiet der Gemeinde Morsbach wurde die Ausbaumaßnahme für die identifizierten Ortslagen mit einer Versorgung unter 30 Mbit/s zur Angabe der zu erwartenden Wirtschaftlichkeitslücke ausgeschrieben.

Zum Submissionszeitpunkt am 05.07.2019 lag ein Angebot vor.

Das Angebot wurde geprüft. Die im Verlauf eines ersten Aufklärungsgespräches aufgeworfenen Fragen werden von dem Bieter bearbeitet und eine Detaillierung des ersten indikativen Angebotes durchgeführt.

s. Info-Vorlage BuUA v. 12.09.2019

27.11.2019:

Das erste indikative Angebot wurde nachverhandelt. Das überarbeitete Angebot und somit auch die weitere Vorgehensweise stehen zur Abstimmung.

s. Beschluss-Vorlage BuUA v. 27.11.2019

10.12.2019:

Der Rat beschließt mehrheitlich die Verwaltung zu beauftragen, andere Möglichkeiten des Breitbandausbaus, insbesondere das Betreibermodell, zu prüfen und die Ergebnisse in den kommenden Sitzungen vorzustellen. Ferner beschließt der Rat mehrheitlich die Verwaltung zu beauftragen, den FTTH-Ausbau für das gesamte Gemeindegebiet vorzusehen und parallel hierzu auf die drei großen Mobilfunkanbieter zuzugehen, um eine Verbesserung des mobilen Internets zu erreichen.

20.03.2020:

Von der Verwaltung wurden Beratungsbüros und Rechtsanwaltskanzleien aufgefordert, jeweils ein erstes initiales Angebot zu erstellen. Die SPD-Fraktion hat das Verfahren zur Kenntnis genommen, sich an der Wertung aber ausdrücklich nicht beteiligt.

27.05.2020:

Es wird auf die aktuelle Vorlage zur Bau- und Umweltausschusssitzung verwiesen. Infolge des Auswahlverfahrens wurden die Kanzlei Rödl & Partner für die Rechtsberatung und das Büro Micus für die technische Ausarbeitung beauftragt.

In einem ersten Arbeitsschritt wird das Büro Micus einen Masterplan für die Verlegung von Leerrohren und Glasfaserkabeln im gesamten Gemeindegebiet erstellen. Hierbei wird die künftige Anbindung aller bebauten und bebaubaren Grundstücke berücksichtigt.

Vorgesehen ist in Abstimmung mit den politischen Gremien, den Beratungsbüros und dem Fördermittelgeber zu entscheiden, ob das Betreibermodell oder ein Wirtschaftlichkeitslückenmodell mit Angebotsabgabe durch die Morsbacher Entwicklungsgesellschaft mbH die wirtschaftlichste Variante darstellt.

12.05.2020 Berichtigung zum 20.03.2020:

Von der Verwaltung wurden Beratungsbüros und Rechtsanwaltskanzleien aufgefordert, jeweils ein erstes initiales Angebot zu erstellen. Die SPD-Fraktion hat das Verfahren zur Kenntnis genommen, sich an der Wertung aber ausdrücklich nicht beteiligt.

16.09.2020

Beauftragt wurden die Büros Micus Strategieberatung zur fachtechnischen Begleitung sowie Rödl & Partner als juristischer Berater. Der Bau- und Umweltausschuss hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, „den Breitbandausbau für die Hausanschlüsse, die nach den aktuellen Förderrichtlinien (< 30 Mbit/s im download) förderfähig sind, zu planen und den entsprechenden FTTB-Ausbau schnellstmöglich umzusetzen.“

04.03.2021: Das aktualisierte Markterkundungsverfahren wurde durch das Büro Micus Strategieberatung durchgeführt, die eingegangenen Meldungen ausgewertet und die bisherigen Erkenntnisse aktualisiert.

Die erforderliche Ausschreibung zur Verbesserung der Breitbandversorgung auf dem Gebiet der Gemeinde Morsbach wird vorbereitet.

20.09.2021: Der Rat der Gemeinde Morsbach beschließt einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, den aktuell gültigen vorläufigen Zuwendungsbescheid für das „Weiße-Flecken-Programm“ zurückzuziehen und bei den weiteren Planungen die Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ in der jeweils geltenden Fassung zu Grunde zu legen („graue Flecken“-Programm / Aufgreifschwelle < 100 MBit/s); d. h. die Beantragung eines neuen vorläufigen Zuwendungsbescheides für das „Graue-Flecken-Programm“ sowie die parallele Umsetzung eines hierfür notwendigen neuen Markterkundungsverfahrens (MEV) einzuleiten.

18.11.2021: Mit Bescheid vom 09.11.2021 wurde die Förderung von Beraterleistungen mit einer Förderquote von 100 Prozent zugesichert. Die Fördersumme ist auf max. 50.000 € begrenzt. Das Markterkundungsverfahren ist beauftragt worden und es wurden Angebote zur juristischen Begleitung angefordert. Hier endet die Angebotsfrist am 29.11.2021. Der vorläufige Zuwendungsbescheid aus dem Förderprogramm „weiße Flecken“ wurde zurückgegeben und die Förderung aus dem Programm „graue Flecken“ wurde beantragt.

22.03.2022: GAR Benjamin Schneider teilt mit, dass das Markterkundungsverfahren für den Breitbandausbau vom 20.12.2021 bis zum 25.02.2022 durchgeführt wurde und zwei Rückmeldungen eingegangen sind. Eine Rückmeldung wird aktuell noch geprüft.

20.05.2022: Mit Datum vom 07.02.2022 erhielt die Gemeinde den vorläufigen Zuwendungsbescheid der ateneKOM über 25.000.000,00 € im Rahmen des „Graue-Flecken-Programms“. Die Meldefrist für das Markterkundungsverfahren nach den Richtlinien des „graue-Flecken“-Programmes endete am 25.02.2022. Die Auswertung wird derzeit durchgeführt. Der vorläufige Zuwendungsbescheid vom 12.10.2018 (Förderung „weiße-Flecken“) wurde mit Bescheid vom 25.02.2022 von der ateneKOM

antragsgemäß widerrufen.

Mit Datum vom 13.05.2022 erhielt die Gemeinde die Zulassung des vorzeitigen Maßnahmebeginns seitens des Landes (Bezirksregierung) für das Projekt Breitbandausbau im Rahmen des genannten „Graue-Flecken-Programms“ in der Gemeinde Morsbach.

12.09.2022: Die Verwaltung befindet sich in Vorbereitung einer europaweiten Ausschreibung. Dafür entwarfen die juristischen Berater der beauftragten Kanzlei WirtschaftsRat Recht nach Abstimmung mit der Verwaltung eine rechtlich konforme Bewertungsmatrix. Aktuell wird ein Zuwendungsvertrag in Abstimmung mit den juristischen Berater und dem Fördermittelgeber erstellt.

3496/2018 Erarbeitung von Präventionskonzepten gegen sexuellen Missbrauch

11.12.2018: Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, die Thematik Präventionskonzepte gegen sexuellen Missbrauch mit dem Kreisjugendamt zu besprechen und über das Ergebnis in der nächsten Sitzung des Fachausschusses zu berichten. Ein Besprechungstermin mit dem Kreisjugendamt ist für Mitte März terminiert.

25.03.2019:

Es wird auf die Sitzungsvorlage 3553/2019 TOP Ö4 des Schul- und Sozialausschusses vom 25.03.2019 und die entsprechende Niederschrift verwiesen. Das Thema wird vom Ausschuss weiter verfolgt und in einer der nächsten Sitzungen erneut behandelt.

09.09.2019:

Das Thema wird erneut in der Schul- und Sozialausschusssitzung am 11.09.2019 behandelt. Hier wird auf die Vorlage 3725/2019 und die entsprechende Niederschrift verwiesen.

25.10.2019:

Auch in der Sitzung des Schul- und Sozialausschusses am 25.11.19 wird das Thema erneut beraten.

25.11.2019:

Die Klebeschilder wurden an den jeweiligen Türen der Umkleidekabinen angebracht. Geringe Rückmeldung der angeschriebenen Vereine bzgl. vorhandener Schutzkonzepte.

16.03.2020:

Das Thema sollte in der Sitzung des Schul- und Sozialausschusses am 16.03.2020 erneut beraten werden. Zu dieser Sitzung waren auch Vertreter des Kreisjugendamtes eingeladen. Angesichts der Coronabedingten Beeinträchtigungen ist die Sitzung entfallen. Das Thema soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses nach der Sommerpause wieder aufgegriffen werden.

10.06.2020:

Marko Roth bezieht zur Erarbeitung eines Präventionskonzeptes gegen sexuellen Missbrauch nochmals Stellung und erklärt, dass hier gerade aufgrund der aktuellen Ereignisse mit Nachdruck an der Erstellung gearbeitet werden soll. Das Thema wird in der Sitzung am 17.09.2020 wieder aufgegriffen.

01.03.2021:

Das Thema soll in einer Arbeitsgruppe weiterbehandelt werden. Die erste Arbeitsgruppensitzung soll unter Beteiligung des Kreisjugendamtes durchgeführt werden. Pandemiebedingt mussten die Sitzungen bereits mehrfach verschoben werden. Neuer Termin ist der 24.03.2021. Die Fraktionen haben bereits Teilnehmer benannt.

24.03.2021:

Die erste Sitzung der Arbeitsgruppe hat am 24.03.2021 unter Beteiligung des Kreisjugendamtes stattgefunden. Dabei wurde einvernehmlich festgehalten, dass ein Schutzkonzept nur unter Beteiligung der Vereine und Gruppierungen, bei denen das Konzept letztlich zur Anwendung kommen soll, erstellen werden kann. Es wurde vereinbart, dass zunächst eine Impulsveranstaltung organisiert wird, um ein Bewusstsein für die Thematik zu schaffen und einen Entwicklungsprozess in Gang zu bringen.

26.08.2021:

Die Impulsveranstaltung für die Vereine, Gruppierungen und andere Interessierte hat am 26.08.2021 in der Kulturstätte Morsbach stattgefunden. Ein Bericht dazu erfolgt in der Sitzung des Schul- und Sozialausschusses am 06.09.2021.

06.09.2021:

GAR Hammer teilt mit, dass am 26.08.2021 die Impulsveranstaltung stattgefunden hat zu der viele Vereinsvertreter:innen anwesend waren. Herr Mechtenberg wird nun mit allen Vereinen Gespräche führen um Angebote für zukünftige Veranstaltungen bzw. Beratungen/Schulungen zu machen.

21.03.2022: Das Thema wurde in der Sitzung des Schul- und Sozialausschusses erneut beraten. Auf die Erläuterungen zur Sitzung wird verwiesen. Den Vereinen wurde zu Beginn des Jahres 2022 die wesentlichen Orientierungspunkte zur Erstellung eines Kinder- und Jugendschutzkonzeptes an die Hand gegeben. Mehrere Vereine haben zwischenzeitlich signalisiert sich mit dem Thema näher zu beschäftigen. Die vorgesehene Aufnahme von Informationen auf der Homepage konnte aufgrund der Arbeitsbelastungen im Sozialamt noch nicht erfolgen.

07.09.2022: Zwischenzeitlich wurde eine Rubrik auf der Homepage der Gemeinde aufgenommen, in der die wesentlichen Informationen nachlesbar sind. Mehrere Vereine haben nochmals bekräftigt, sich mit dem Thema zu beschäftigen.

3416/2018 Kulturkonzept der Gemeinde Morsbach

26.11.2018: Der Schul- und Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung mehrheitlich, die Erarbeitung eines Kulturkonzeptes vorzunehmen und mit dem Gemeindekulturverband zu besprechen.

Der Entwurf eines Kulturkonzeptes befindet sich in Bearbeitung.

3828/2019 Fairtrade-Kommune

25.11.2019: Der Schul- und Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung mehrheitlich, die Rahmenbedingungen als Fairtrade-Gemeinde (Fairtrade Town) nochmals konkret zu prüfen und insbesondere weitere Akteure dafür zu gewinnen.

10.06.2020:

Die Verwaltung hatte Anfang des Jahres 2020 die Bedingungen zur Teilnahme nochmals geprüft und auch Kontakt zu Nachbarkommunen, die bereits Fair Trade Kommune sind, aufgenommen. Es war beabsichtigt zunächst eine Umfrage bei in Frage kommenden Akteuren durchzuführen bzw. zu einer Auftaktveranstaltung einzuladen. Mit Einsetzen der Beschränkungen im Zusammenhang mit der Coronapandemie, musste die Angelegenheit zurückgestellt werden.

3851/2019 Entwicklung zur Wohnbebauung

27.11.2019: Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, die Möglichkeiten zur Ergänzung bestehender Satzungen bzw. Bebauungspläne im Einzelfall zu prüfen.

19.03.2020: Grundsätzlich ist dazu anzumerken, dass lediglich in allgemeinen Siedlungsbereichen eine weitere Entwicklung von Bauland auf Flächennutzungsplanebene möglich ist.

Im rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Gemeinde Morsbach sind Flächen für Wohnbebauung in Heide, Niederwarnsbach, östlich des Alzerbergs, im Taubenfeld sowie in der Weidenstraße dargestellt. Auch in Wallerhausen bestehen bereits entsprechende Darstellungen im FNP um dort einen Bebauungsplan entwickeln zu können.

Grundsätzlich gilt, dass die o. g. Flächen durch den Erlass von Innenbereichssatzungen nach § 34 Abs. 4 BauGB oder durch einen Bebauungsplan (z. B. nach §13a BauGB) der Bebauung zugeführt werden können.

12.05.2020: Heike Lehmann bittet um Auszüge aus dem FNP zu den im Punkt aufgeführten Flächen.

16.09.2020: In der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 16.09.2020 wurde der Beschluss zu Aufstellung des BP 61 „Wohngebietserweiterung Hahner Straße / Weidenstraße“ gefasst. Es ist vorgesehen, ein allgemeines Wohngebiet mit Einfamilienhäusern und Geschosswohnungsbau zu entwickeln.

07.12.2020: In der Sitzung des Umwelt- und Entwicklungsausschusses am 09.12.2020 wurde/wird der Beschluss zu Aufstellung des BP „Wohnpark an der Wisser“ gefasst. Hierüber werden im östlichen Teilbereich des Bahnareals Wohnungen für 1 bis 2 Personen, barrierefrei und Umweltfreundlich entwickelt.

18.05.2022: Im Verfahren zur Aufstellung des BP 61 „Wohngebietserweiterung Hahner Straße / Weidenstraße“ werden aktuell zwei Planvarianten ausgearbeitet. Eine Vorstellung der Varianten wird wahrscheinlich in der September-Sitzungsrunde erfolgen. Der Grunderwerb steht kurz vor dem Abschluss.

4259/2021 Weitere Dorferneuerungen/ Aufwertung der Außenorte

04.03.2021: Der Umwelt- und Entwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung einstimmig mit der Erstellung weiterer Dorferneuerungskonzepte, sofern hierfür Bedarf seitens der Dorfgemeinschaften angemeldet wird.

06.05.2021: Mit Schreiben vom 04.03.2021 bat die Dorfgemeinschaft Steimelhagen e. V. um Erstellung eines Dorferneuerungskonzeptes. Im Schreiben vom 06.05.2021 hat die Verwaltung die Dorfgemeinschaft gebeten, zunächst konkrete Wünsche, Bedarfe, Ideen und Ziele für die weitere Entwicklung des Dorfes zu ermitteln, um eine Basis für ein Dorferneuerungskonzept zu schaffen. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass die erforderlichen personellen Ressourcen seitens der Verwaltung derzeit stark in andere Projekte im Bereich der Gemeindeentwicklung eingebunden sind, die zunächst abgeschlossen werden müssen.

4434/2021 Schwimmunterricht

06.09.2021: Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, dass bereits vorhandene bzw. bereits geplante Schwimmkursangebot weiterzuentwickeln und wenn möglich entsprechende Fördermittel in Anspruch zu nehmen. Von einem kostenfreien Eintritt für Kinder unter 14 Jahren soll zunächst abgesehen werden.

4526/2021 Schaffung und Entwicklung von Potentialflächen für Bürgerenergieparks in der Gemeinde Morsbach

13.12.2021: Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen soll der Antrag zur Schaffung und Entwicklung von Potenzialflächen für Bürgerenergieparks in der Sitzung des Umwelt- und Entwicklungsausschuss am 22.03.2022 erneut beraten werden.

22.03.2022: Der Umwelt- und Entwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung mehrheitlich, Potentialflächen in der Gemeinde Morsbach für Bürgerenergieparks zu eruieren.

4559/2022 Waldwirtschaftswege

07.02.2022: Der Rat der Gemeinde Morsbach beschließt, dass bis zur Sanierung der Waldwirtschaftswege ein Sanierungskonzept in Zusammenarbeit mit der Forstbetriebsgemeinschaft erstellt werden soll.

12.09.2022: Gespräche zur Erstellung eines Waldwirtschaftswegekonzepts haben zwischen der Verwaltung und der Forstbetriebsgemeinschaft stattgefunden. Weitere Abstimmungen unter Berücksichtigung der anstehenden Holzeinschläge von immer noch vorhandenen Kalamitätsflächen folgen.

4567/2022 Jugendherberge

27.01.2022: Der Umwelt- und Entwicklungsausschuss beschließt einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, weitere Gespräche hinsichtlich der Zukunft der Jugendherberge zu führen und mögliche Maßnahmen zu prüfen. Der Umwelt- und Entwicklungsausschuss beschließt einstimmig die Einrichtung eines Arbeitskreises Tourismus mit dem Schwerpunkt Jugendherberge in diesem Jahr.

17.05.2022: Der Arbeitskreis Tourismus mit dem Schwerpunkt Jugendherberge soll am 21.06.2022 stattfinden. Es wurden Unterlagen über die Liegenschaft an NRW.URBAN gesendet, sodass eine Betrachtung der Fläche im Rahmen des Projektes Bau.Land.Partner + von NRW.URBAN und dem MHKBG geprüft werden kann. Sobald hierzu eine Rückmeldung vorliegt, wird die Verwaltung im Umwelt- und Entwicklungsausschuss darüber berichten.

08.09.2022: Am 13.10.2022 wird das Tourismuskonzept im Arbeitskreis Tourismus mit dem Schwerpunkt Jugendherberge vorgestellt. Bezüglich einer Teilnahme am Programm Bau.Land.Partner+ laufen derzeit noch Gespräche mit dem DJH.

4620/2022 Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine im Gemeindegebiet

21.03.2022: Der Schul- und Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung einstimmig, die bereits begonnenen Gespräche mit den Beteiligten (Oberbergischer Kreis, Jugendherbergswerk, ggf. Bezirksregierung Arnsberg) fortzuführen, um zu prüfen, inwieweit die Jugendherberge für die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine genutzt werden kann. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, inwieweit das Gelände und die Spielflächen im Falle einer Nutzung durch die Gemeinde und Freiwillige hergestellt werden kann.

07.09.2022: Die Jugendherberge kann für die Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen nicht genutzt werden

Im Auftrag

FB	I	II	III
Kenntnis genomme n			

Jonas Puhl

Bürgermeister